



Gemeinde

A - 8853 Ranten Bezirk Murau

☎ 03535/8246, ☎ 03535/8246-4

http: www.ranten.eu E-Mail: gde@ranten.steiermark.at

Verhandlungsschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates, am 16. Dezember 2016 im Sitzungssaal des Amtshauses in Ranten.

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 19.30 Uhr

Laufende Nr. 4/004.1-2016

Die Einladung erfolgte am 05. Dezember 2016 durch Einzelladung.

Anwesend waren:

Bürgermeister Johann FRITZ
Vizebürgermeister Ernst SCHNEDLITZ
Gemeinderat Robert BISCHOF
Gemeinderat Markus SPREITZER
Gemeinderat Robert KÖSSLBACHER
Gemeinderat Erwin STABER
Gemeinderätin Barbara KLEINFERCHNER
Gemeinderätin Tanja KARNER
Gemeinderat Siegfried SCHWEIGER
Gemeinderätin Ingrid SPREITZER
Gemeinderat Franz KLEINFERCHNER

Entschuldigt waren:

Gemeindekassier Günther BERGER
Gemeinderat Burkhard LEDERWASCH
Gemeinderat Tobias GRASSAUER
Gemeinderat Otto KÖGLBURGER

Nicht entschuldigt waren:

-x-

Außerdem anwesend waren:

GS Thomas Spreitzer

Der Bürgermeister ersucht um Aufnahme von zwei Tagesordnungspunkten in die Tagesordnung. Diesem Antrag wird einstimmig stattgegeben, und die Tagesordnungspunkte **14.) Murautakt** und **15.) Schlachtabfälle** in die Tagesordnung aufgenommen. Somit ergibt sich folgende neue Tagesordnung:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Fragestunde
3. Niederschrift der Gemeinderatssitzung vom 14. Oktober 2016; GZ.: 3/004.1-2016
4. KEM – Holzwelt Murau
5. Wirtschaftsoffensive Bezirk Murau
6. Weihnachtsszuwendung 2016
7. Digitaler Leitungskataster
8. Lärmschutzmaßnahmen Kindergarten
9. Nachbesetzung Bacher Barbara
10. Verlängerung Zwischenfinanzierungskredit – ABA Ranten
11. Voranschlag 2017 mit Beilagen
12. Mittelfristiger Finanzplan 2017
13. Kassenkredit 2017
14. Murautakt
15. Schlachtabfälle

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Johann Fritz begrüßt die Mitglieder zur letzten Sitzung im Jahr 2016 und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Fragestunde

GR Spreitzer Ingrid fragt an, was mit den Räumlichkeiten der ehemaligen Raiba-Filiale im Gemeindehaus passiert. BGM Johann Fritz gibt bekannt, dass die Raiba Murau die Räumlichkeiten bis 31.12.2016 gemietet hat, und erst danach werde man einen neuen Mieter suchen können. Der Geldautomat soll aber unbedingt erhalten bleiben. Dies müsse man mit einem möglichen neuen Mieter und der Raiba abklären.

GR Kleinförchner Barbara fragt an, wie das Frauenfrühstück in Rinegg abgehandelt wird. Vizebürgermeister Ernst Schnedlitz gibt bekannt, dass die Kosten ausschließlich von ihm getragen werden und die Gemeinde keinen Beitrag leistet. Die Einladung hierfür erfolgt aufgrund von Mundpropaganda bzw. zwei Plakaten die beim Wohnhaus Nr. 50 und beim Holzstüberl ausgehängt wurden.

3. Niederschrift der Gemeinderatssitzung vom 14. Oktober 2016; GZ: 3/004.1-2016

Die Niederschrift wurde allen Mitgliedern des Gemeinderates rechtzeitig zugestellt und wird einstimmig beschlossen.

4. KEM – Holzwelt Murau

Bürgermeister Johann Fritz erklärt folgenden Sachverhalt:

Der Gemeindebund Bezirk Murau hat in seiner Sitzung vom 26.09.2016 einstimmig die Einreichung zur Klima- und Energiemodellregion Holzwelt Murau für die Weiterführungsphase von 2017

– 2019 im Rahmen der Ausschreibung des österreichischen Klima- und Energiefonds beschlossen. Im Falle der Genehmigung der Einreichung durch das Präsidium des österreichischen Klima- und Energiefonds treten alle 14 Gemeinden des Bezirkes Murau in den Vertrag mit dem österreichischen Klima- und Energiefonds ein.

Alle 14 Gemeinden des Bezirkes Murau setzen das Programm Klima- und Energiemodellregionen des österreichischen Klima- und Energiefonds in Form einer öffentlich-öffentlichen Partnerschaft um und verankern mit diesem Beschluss die Ziele des Programms durch die Umsetzung des Einreichkonzeptes zur Weiterführung Klima- und Energiemodellregion Holzwelt Murau 2017 – 2019.

Die Eigenmittelaufbringung von € 76.039,- für alle Umsetzungsjahre erfolgt über das bereits von allen Gemeinden beschlossene Projektaktionsbudget für den Förderzeitraum der Holzwelt Murau von 2014 – 2020. Die Mittelaufbringung des erforderlichen Beitrags erfolgt über die Holzwelt Murau.

Daher wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat der Gemeinde Ranten möge nachstehende Beschlüsse fassen:

1. Die Gemeinde Ranten tritt in den Vertrag mit dem Klima- und Energiefonds nach Übermittlung der Unterlagen durch den Klima- und Energiefonds Österreich ein.
2. Die Gemeinde Ranten überträgt die Kompetenz zur Abwicklung der erforderlichen Schritte gemäß Punkt 3 (Einreichung zur Weiterführungsphase, Übernahme Schriftverkehr mit dem Klimafonds, Beauftragung Umsetzungsmaßnahmen in der Weiterführungsphase und Abwicklung der Zahlungsmodalitäten) an die Stadtgemeinde Murau.

Der Antrag wird vom Gemeinderat der Gemeinde Ranten einstimmig angenommen.

5. Wirtschaftsoffensive Bezirk Murau

Bürgermeister Johann Fritz erklärt das Ziel der interkommunalen Standortentwicklung und verliert dazu die Aussendung der Holzwelt Murau (siehe Beilage). Nach kurzer Diskussion geht hervor, dass dieses Projekt durchaus auf große Zustimmung im Gemeinderat stößt. Daher verliert Bürgermeister Johann Fritz folgenden Beschlusstext, und stellt den Antrag auf Beschlussfassung:

Die Initiative zur gemeinsamen Betriebsansiedlungs- und Standortentwicklungsstrategie stellt eine der Kernaufgaben für die Bewältigung der künftigen Herausforderungen für den Bezirk Murau dar. Nur durch gemeinsame Initiativen und Vorgehensweisen wird es möglich sein, Infrastruktur zu erhalten und zu schaffen und negativen demografischen Entwicklungen entgegen zu wirken.

Der Gemeinderat der Gemeinde Ranten beschließt einstimmig das Projekt zur Betriebsansiedlungs- und Standortentwicklungsstrategie gemäß der Empfehlung des Gemeindebundes des Bezirkes Murau mit zu tragen und für die erforderlichen Finanzmittel der Gemeinde im Voranschlag des Vertragszeitraumes Vorsorge zu treffen. Mit diesem Beschluss

wird insbesondere auch die Bereitschaft zur Kooperation mit den Gemeinden des Bezirks Murau hinsichtlich erforderlicher gemeinschaftlicher raumplanerischer Maßnahmen bekundet.

6. Weihnachtszuwendung 2016

Die Steiermärkische Landesregierung hat auch für das Jahr 2016 beschlossen, aus Anlass des Weihnachtsfestes eine Weihnachtszuwendung zu gewähren.

Die Weihnachtszuwendung kommt bei allen im Aktivstand befindlichen Landesbediensteten wieder als Sachzuwendung in Form von Geschenkgutscheinen zur Auszahlung, um den Steuer- und Sozialversicherungsfreibetrag bis insgesamt € 186,- (abzüglich anderer allenfalls bereits erhaltener Sachzuwendungen) zum Vorteil der Bediensteten auszunützen.

Als Stichtag für den Bezug dieser Zuwendung gilt für die Bediensteten des Dienststandes der 1. November 2016 nach einer ununterbrochenen Verwendung seit mindestens 1. Oktober 2016.

Anspruchsberechtigt sind auch jene Bedienstete, die im Laufe des Monats Oktober nach einer Karenz im Sinne des Stmk. Mutterschutz- und Karenzgesetzes wieder ihren Dienst antreten.

Überdies gebührt diese Zuwendung jenen Bediensteten, die sich zum Stichtag 1. November 2016 im Mutterschaftsurlaub, in einem Frühkarenzurlaub für Väter oder in einer Karenz nach dem Stmk. Mutterschutz- und Karenzgesetz (bis zum Ablauf des 2. Lebensjahres des Kindes) befinden. Diese Zuwendung erhalten auch Teilzeitbeschäftigte ungeachtet ihres Beschäftigungsausmaßes, Bedienstete, die sich in einem Karenzurlaub zur Pflege eines behinderten Kindes befinden sowie Bedienstete, die eine Familienhospizfreistellung gegen Entfall der Bezüge in Anspruch nehmen. Auf Antrag von BGM Fritz wird die Weihnachtszuwendung 2016 einstimmig beschlossen.

7. Digitaler Leitungskataster

Bürgermeister Johann Fritz erklärt das Grundprinzip des digitalen Leitungskatasters. Nach einiger Zeit ergeht aus der Diskussion die Meinung hervor, dass ein digitaler Leitungskataster prinzipiell positiv in Hinblick auf Arbeitserleichterung und zudem auch zeitgemäß sei. Der Bürgermeister erklärt das Angebot bzw. Kostenschätzung der Firma GISQuadrat. Die geschätzten Kosten belaufen sich hierbei auf ca. € 255.000,-. Nach Erhalt von Förderungen würde für die Gemeinde ein Kostenanteil von ca. € 109.000,- übrigbleiben.

Um eine genaue Kostenschätzung zu erhalten, müsse man aber vorab einige Arbeiten mit der jeweiligen Firma durchführen. Daher schlägt der Bürgermeister vor den Grundsatzbeschluss zu fassen, die Anschaffung des digitalen Leitungskatasters evident zu halten und eventuell genauere Angebote einzuholen. Auf Antrag von BGM Fritz wird der Grundsatzbeschluss einstimmig angenommen.

8. Lärmschutzmaßnahmen Kindergarten

Aufgrund von Kritik über den hohen Lärmpegel im Kindergarten Ranten seitens des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung ist die Gemeinde Ranten schon länger bestrebt, den Lärmpegel durch bauliche Lärmschutzmaßnahmen zu senken. Aufgrund einer Förderung seitens der Landesregierung (Räumliche Qualitätsverbesserung und Barrierefreiheit) wurde ein Projekt eingereicht. Für das Projekt werden ca. 70% der anfallenden Kosten von der Landesregierung übernommen. Laut Anbot der Firma Stolz Möbel GmbH werden sich die Kosten für die Lärmschutzmaßnahmen auf ca. € 18.600,- belaufen. Geplanter Beginn der Arbeiten sind die Sommerferien 2017. Obwohl seitens der Landesregierung noch keine Rückmeldung über die Zu- oder Absage der Förderung eingetroffen ist, stellt der

Bürgermeister den Antrag, die Durchführung der Arbeiten zu beschließen. Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

9. Nachbesetzung Bacher Barbara

Aufgrund der Pensionierung (Altersteilzeit) von Kindergartenleiterin Bacher Barbara mit 15.07.2017 wird die Stelle einer Kindergartenpädagogin bzw. eines Kindergartenpädagogen für den Kindergarten Ranten frei. Bewerbungsfrist wird Anfang Februar 2017 sein. Die Ausschreibung erfolgt nach den Vorlagen der Landesregierung bzw. im ortsüblichen Sinne.

10. Verlängerung Zwischenfinanzierungskredit – ABA Ranten

Der Bürgermeister erklärt, dass für die Erweiterung der Kanalisation Bauabschnitt 04 ein Kredit bei der Raiba Murau in Höhe von € 650.000,- aufgenommen wurde. Die Laufzeit des Kredites wurde mit 31.12.2016 beschränkt. Da die Kollaudierung des Bauabschnittes erst im Jahr 2017 erfolgt, ist bis zum 31.12.2016 keine genaue Kostenermittlung möglich. Auch die Förderungen (Land und Bund) werden nach erfolgter Kollaudierung ausbezahlt. Daher wäre es seitens des Gemeindevorstandes sinnvoll, den Kredit zu „verlängern“. Verlängern bedeutet in diesem Fall, dass der bestehende Vertrag mit 31.12.2016 ausläuft, und ein neuer Vertrag mit Laufzeit 01.01.2017 bis 31.12.2019 zu denselben Konditionen wie der bestehende Vertrag aufgenommen wird. Auf Antrag von Bürgermeister Johann Fritz wird die Darlehensaufnahme in Höhe von € 650.000,- mit einem Sollzinssatz von 1,125% einstimmig beschlossen.

11. Vornachlag 2017 mit Beilagen

Der Haushaltsvoranschlag wird im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt beraten. Um im Bereich der Müllbeseitigung eine Kostendeckung zu erreichen, wird eine Erhöhung der Müllgebühren vorgeschlagen. Auf Antrag von BGM Johann Fritz wird die Erhöhung der Müllgebühren ab 01.01.2017 um 8% einstimmig beschlossen. Nach einer Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben durch Bürgermeister Johann Fritz wird der Voranschlag für das Haushaltsjahr 2017 einstimmig beschlossen.

A. Ordentlicher Haushalt:

Summe der Einnahmen	€	1.614.300
Summe der Ausgaben	€	1.647.200
Abgang	€	-32.900

B. Außerordentlicher Haushalt:

Summe der Einnahmen	€	1.036.800
Summe der Ausgaben	€	1.086.700
Abgang	€	-49.900

Dienstpostenplan:

Der Dienstpostenplan wird erläutert und einstimmig beschlossen.

Schuldennachweis:

Der Schuldennachweis wird erläutert und einstimmig beschlossen.

Vergütungen:

Die Vergütungen, die als Beilage angeschlossen sind, werden einstimmig beschlossen.

Rücklagen:

Die Rücklagen, die als Beilage angeschlossen sind, werden einstimmig beschlossen.

Hebesätze, Lustbarkeits-, Hunde-, Kommunalabgabe:

Die Hebesätze und oben genannte Abgaben werden vorgetragen und einstimmig beschlossen.

Gesamtbetrag der aufzunehmenden Darlehen:

Wie in TOP 10 erläutert wird nach Genehmigung der Aufsichtsbehörde ein Darlehen in Höhe von € 650.000,- aufgenommen.

Voranschlagsquerschnitt:

Der Voranschlagsquerschnitt wird erläutert und vom Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Die Beilagen werden auf Antrag des Bürgermeisters einstimmig beschlossen.

12. Mittelfristiger Finanzplan 2017

Der mittelfristige Finanzplan wird vorgetragen und vom Gemeinderat einstimmig beschlossen
Bürgermeister Johann Fritz dankt für die einstimmige Beschlussfassung des Voranschlages, der Beilagen und des MFP für das Haushaltsjahr 2017.

13. Kassenkredit 2017

Für den Kassenkredit wurden 4 Banken zur Anbotslegung eingeladen. Angebote wurden von der RAIBA Murau, der Steiermärkische Sparkassen AG und der BAWAG PSK übermittelt. Die Kontoüberziehung, in Höhe des Jahressechstels der ordentlichen Einnahmen € 269.000,- wird an die RAIBA Murau vergeben und vom Gemeinderat einstimmig beschlossen.

14. Murautakt

Bürgermeister Johann Fritz erklärt folgenden Sachverhalt:

Der bestehende Vertrag zum Murautakt mit dem Land Steiermark läuft mit Ende 2016 ab. In einem Vorgespräch mit Herrn DI Gernot Aigner, A 16 und Frau Dr. Barbara Kleinert, STLB wurden die erforderlichen Formalitäten für eine Verlängerung des Vertrages für den Zeitraum 2017-2020 besprochen. Von der Kostenkomponente für die Gemeinden gibt es keine maßgebliche Veränderung. Durch Herrn Mag. Fanninger von der ARGE RV Lungau wurde auf Nachfrage telefonisch die Teilnahme des RV Lungau bei Verlängerung des Vertrages zugesagt. Daher verliest BGM Johann Fritz den Beschlusstext und stellt den Antrag auf Beschlussfassung:

Der im Jahr 2014 geschlossene Vertrag zum Murautakt (Taktverdichtung im Regionalbusverkehr) mit dem Land Steiermark läuft Ende 2016 ab. Das Land Steiermark hat einen Entwurf zur Verlängerung der Vereinbarung für den Zeitraum 2017 – 2020 vorgelegt. In der Sitzung des Gemeindebundes Bezirk Murau wurde der Entwurf positiv bewertet. Der Gemeinderat der Gemeinde Ranten beschließt einstimmig gemäß der Empfehlung des Gemeindebundes des Bezirks Murau der Vereinbarung Murautakt für den Zeitraum 2017 – 2020 beizutreten und für die erforderlichen Finanzmittel der Gemeinde im Voranschlag des Vertragszeitraumes Vorsorge zu treffen.

15. Schlachtabfälle

Bürgermeister Johann Fritz verliest das Protokoll der Sitzung der „Direktvermarktung Rantental“. In dieser Sitzung wurde ein Konzept für die Einhebung von einem Entsorgungsbeitrag ausgearbeitet (siehe Beilage). Bürgermeister Johann Fritz stellt den Antrag, den Entsorgungsbeitrag laut beiliegendem Protokoll vom 13.12.2016 zu beschließen. Diesem Antrag wird einstimmig stattgegeben.

Bürgermeister Johann Fritz bedankt sich bei dem Gemeinderat für die Sitzung und die Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr, wünscht allen Anwesenden schöne Weihnachtsfeiertage, einen guten Rutsch ins Jahr 2017, ein paar nette Stunden bei der anschließenden Weihnachtsfeier und schließt die Sitzung um 19.30 Uhr.

Die Schriftführer:

Tobias Grassauer

Ingrid Spreitzer

Robert Kößlbacher



Der Vorsitzende:

Johann Fritz
Bürgermeister